

Erstklassige Gesundheitsversorgung für alle

Preissenkungen entlasten Patienten

Die Gesundheitsreform der christlich-liberalen Koalition sichert die erstklassige Versorgung aller Patienten zu weiterhin fairen Konditionen. Gleichzeitig wendet die Regierung ein Defizit der Krankenkassen in Milliardenhöhe ab.

Der Deutsche Bundestag verabschiedete am Freitag die gesetzlichen Grundlagen für die Gesundheitsreform der christlich-liberalen Koalition. Die Abgeordneten von CDU, CSU und FDP trafen damit zukunftsweisende Entscheidungen zur Stabilisierung des deutschen Gesundheitssystems. Denn angesichts der steigenden Lebenserwartung und steigender Gesundheitskosten drohte für 2011 ein Defizit der Krankenkassen von neun Milliarden Euro. Um es nicht so weit kommen zu lassen, setzte die Koalition wichtige Veränderungen der Finanzierung des Gesundheitssystems durch. Leistungskürzungen gibt es allerdings nicht; auch die beitragsfreie Familienversicherung bleibt unverändert erhalten.

Vielmehr werden Leistungserbringer, Arbeitgeber, gesetzliche Krankenkassen, deren Mitglieder und alle Steuerzahler an einem fairen Paket zur Stabilisierung des Gesundheitssystems beteiligt. Ein Teil dieses Maßnahmenbündels ist etwa die Rückkehr zum vor der Wirtschaftskrise gültigen Krankenversicherungs-Beitragssatz. Mit 15,5 Prozent wird er 2011 wieder auf das Niveau von Anfang 2009 gebracht. Der Beitrag war zwischenzeitlich abgesenkt worden. Damit hatte die unionsgeführte Bundesregierung eine wichtige Grundlage für die weltweit beachtete Krisenfestigkeit des deutschen Arbeitsmarkts gelegt. Einsparungen im Gesundheitssystem werden neue Regeln mit sich bringen, die die Möglichkeiten der Arzneimittelhersteller bei der Preissetzung für ihre Produkte deutlich einschränken. Davon profitieren alle Versicherten, da sich aus diesem

Schritt Einsparungen der Krankenkassen auf der Ausgabenseite ergeben. Bisher waren die Pharma-Hersteller in der Preisgestaltung für neu auf den Markt kommende Medikamente vollkommen frei. Künftig wird jede neue Arznei einer Nutzenbewertung unterzogen, die für die Preisbildung maßgeblich sein wird. Arzneimittel, die im Vergleich zu bereits verfügbaren Medikamenten keinen Zusatznutzen aufweisen, dürfen nicht mehr kosten als diese. Doch auch im Fall eines nachweislich höheren Nutzens bleibt es künftig nicht bei dem vom Pharma-Unternehmen selbst festgelegten Preis. Vielmehr muss der Hersteller in Preisverhandlungen eintreten. Notfalls legt eine Schiedsstelle den Preis fest. Dies erfolgt anhand internationaler Vergleichspreise, die üblicherweise niedriger als in Deutschland liegen.

Den Wettbewerb im Gesundheitssystem erhöht die Koalition außerdem durch die Einführung eines Systems der unabhängigen Verbraucher- und Patientenberatung. Der Bund der Krankenkassen muss künftig eigenständige Stellen unterstützen, die die Patienten beraten und Probleme im Arzneimittelmarkt aufdecken. Gleichzeitig erhöhte die christlich-liberale Koalition die Zwangsrabatte der Pharma-Unternehmen. So gilt bereits seit August ein um zehn Prozent auf nun 16 Prozent erhöhter Rabatt. Damit die Arzneimittelhersteller den erhöhten Zwangsabbatt nicht durch Preiserhöhungen ausgleichen, wurden Preiserhöhungen von August 2010 bis Dezember 2013 verboten. Alleine dadurch werden 2011 und 2012 jeweils 1,15 Milliarden Euro gespart.

*Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde!*

Die Zahl und die Gewaltbereitschaft der Demonstranten gegen den Castor-Transport waren leider keine Überraschung. Die rot-rot-grüne Opposition sucht seit Monaten verzweifelt nach Themen, mit denen sie sich profilieren kann. Nachdem der Protest gegen die angeblichen Sozialkürzungen kläglich gescheitert ist, war klar, dass die Opposition bei der Kernenergie alles mobilisieren und auch vor dem Schulterchluss mit Gewalttättern nicht zurückschrecken würde.



Natürlich demonstrierten im Wendland auch Bürger, die sich ernsthafte Sorgen machen und an der besten Lösung interessiert sind. Sie nehmen wir ernst; mit ihnen treten wir gerne in einen Dialog. Ganz anders aber die Politfunktionäre der Opposition, die die Sorgen der Menschen missbrauchen. Dabei lenken Rot und Grün völlig unverfroren von ihrer eigenen Verantwortung ab: Die Abfälle, die am Wochenende transportiert wurden, waren aufgrund eines Vertrags zwischen der rot-grünen Bundesregierung und den Energieversorgern einzulagern.

Noch 2001 war die Grünen-Vorsitzende Claudia Roth unter dem Schutz der Polizei vor den Demonstranten in Gorleben geflohen, die sie für ihre Zusammenarbeit mit den Energieunternehmen beschimpften und verfolgten. Heute marschiert sie gemeinsam mit Linken und Chaoten gegen die Polizei. Das offenbart den wahren Kern linker Politik: Populismus bis zum Preis der Selbstverleugnung. Die christlich-liberale Koalition handelt dagegen zum Wohl des Landes: Verantwortlich betreibt sie die – von Rot-Grün jahrelang wider besseres Wissen blockierte – Suche nach einem Atommüll-Endlager, um den bestmöglichen Umgang mit den Abfällen zu ermöglichen.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Hans-Peter Friedrich MdB
Vorsitzender der CSU-Landesgruppe
im Deutschen Bundestag

Mehr Steuereinnahmen als erwartet

Kein Anlass zu Übermut

Die gute Konjunktur beschert Bund, Ländern und Gemeinden Mehreinnahmen von 61 Milliarden Euro in drei Jahren. Das eröffnet Chancen zur Reduzierung der immensen Haushaltsdefizite, die die schwerste Wirtschaftskrise seit drei Generationen erzwungen hatte. Auch die Kommunen erhalten mehr Geld.

Bund, Länder und Gemeinden können nach der neuen Steuerschätzung in den Jahren 2010 bis 2012 mit zusätzlichen Einnahmen von 61 Milliarden Euro rechnen. Grund für die unerwartet gute Entwicklung ist das überraschend starke Wirtschaftswachstum. Dennoch erreichen die Einnahmen des Bundes immer noch nicht das Niveau von 2008. Die erfreuliche Konjunkturerwicklung bringt daher keine neuen haushaltspolitischen Spielräume mit sich, sondern reduziert lediglich das Staatsdefizit, das für die nächsten Jahre erwartet worden war. Die Bekämpfung der Folgen der schwersten Wirtschaftskrise seit drei

Generationen wird unser Land noch einige Jahre beschäftigen. Daher wird die christlich-liberale Koalition ihrer Verantwortung gerecht, indem sie gerade im Aufschwung die Haushaltskonsolidierung in den Mittelpunkt ihres Handelns stellt. Durch die Reduzierung des strukturellen Defizits bekräftigt die unionsgeführte Bundesregierung ihre Absicht, eine nachhaltige und dauerhafte Haushaltskonsolidierung herbeizuführen.

Besonders erfreulich ist aus Sicht der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, dass auch die Gemeinden dieses Jahr mit Mehreinnahmen von 3,6 Milliarden Euro

gegenüber der letzten Prognose vom Mai 2010 rechnen können. Dies verschafft den Gemeinden etwas Luft. Dennoch nehmen die christlich-sozialen Abgeordneten die strukturellen Probleme bezüglich der kommunalen Finanzen ernst. Die gekürzten Ansätze für die Städtebauförderung werden wieder angehoben. Vor dem Hintergrund der laufenden Beratungen der Gemeindefinanzreform-Kommission hatte die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag bereits im September den engen Austausch mit den bayerischen Kommunen gesucht und sich in Augsburg der Diskussion mit Kommunalvertretern aus dem ganzen Freistaat gestellt.

Diese Woche

Erstklassige Gesundheitsversorgung für alle Preissenkungen entlasten Patienten	1
Mehr Steuereinnahmen als erwartet Kein Anlass zu Übermut	2
Antworten auf neue Herausforderungen Bundestag stärkt NATO den Rücken	2
Rot und Grün leugnen Mitverantwortung Koalition geht Endlager-Frage entschlossen an	3
Bildungspolitik Wertvolles Zukunfts-Investment	4
Für eine zukunftsfähige Landwirtschaft Gemeinsam mit den Bauern	4

IMPRESSUM:

Verantwortlich für Seite 1:
Der jeweils unterzeichnende Abgeordnete

Redaktion: Tassilo Wanner
11011 Berlin · Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212
Telefax: (030) 227 - 76712

e-mail: bab@cducsu.de
internet: www.csu-landesgruppe.de

Antworten auf neue Herausforderungen

Bundestag stärkt NATO den Rücken

Die NATO ist das Fundament der europäischen Sicherheitsarchitektur und ein wichtiger Bestandteil des transatlantischen Bündnisses. Die unionsgeführte Bundesregierung hat konstruktiv zum neuen Strategischen Konzept der Allianz beigetragen. Es macht die NATO fit für die Zukunft.

Im Plenum des Deutschen Bundestags herrschte am Donnerstag weitgehender Konsens: Die NATO benötigt dringend ein neues Strategisches Konzept. Immerhin stammt das letzte umfassende Strategie-Papier aus dem Jahr 1999, als die feigen Terroranschläge vom 11. September, die Ost-Erweiterung des Bündnisses und neue Herausforderungen auf dem Feld der Cyber-Sicherheit noch nicht absehbar waren. Das in den vergangenen Monaten gemeinsam von den Bündnispartnern erstellte neue Strategische Konzept gibt Antworten auf diese neuen Fragen der Sicherheitspolitik. Unter den Abgeordneten des Deutschen Bundestages stießen seine Eckpunkte auf Zustimmung.

Bundesminister Dr. Karl-Theodor zu Guttenberg hatte die Erstellung des Papiers konstruktiv begleitet. Redner von CDU, CSU und FDP betonten, dass sich die vom Verteidigungsminister angeregte Umge-

staltung der Bundeswehr ideal mit dem neuen NATO-Konzept ergänzen würde. Die Pläne zu Guttenbergs sehen vor, dass die Zahl der ins Ausland entsendbaren Soldaten angehoben wird. Das neue Strategie-Papier des nordatlantischen Verteidigungsbündnisses zeigt auf, dass die Sicherheit der Mitgliedstaaten zunehmend auch außerhalb des Bündnisgebiets verteidigt werden muss. Gleichzeitig lässt das Konzept keinen Zweifel daran, dass sich die NATO auch künftig primär als Verteidigungsbündnis, nicht aber als „Weltpolizei“ versteht.

Auch hinsichtlich der Schaffung einer gemeinsamen Raketenabwehr macht das neue Strategische Konzept wichtige Fortschritte möglich. Ein wirksamer Schutzschirm macht den Besitz von Nuklearwaffen für Schurkenstaaten unattraktiver. Das neue Strategische Konzept soll auf dem NATO-Gipfel in der kommenden Woche beschlossen werden.

Rot und Grün leugnen Mitverantwortung

Koalition geht Endlager-Frage entschlossen an

Für das Linksbündnis von SPD, Grünen und Linkspartei war der Castor-Transport vom vergangenen Wochenende Anlass zu Geschichtsfälschung und unwürdigem Protest. In einer von den Koalitionsfraktionen beantragten Aktuellen Stunde im Deutschen Bundestag stand daher das unsäglich Verhalten der Opposition im Mittelpunkt. Hinweise auf ihre zurückliegende Regierungsverantwortung brachten Rot und Grün aus dem Konzept.

„Unabhängig vom Atomkonsens müssen wir den Atommüll aus Frankreich und England zurücknehmen. Die Voraussetzungen für die Durchführung der Transporte sind gegeben. Und deshalb gibt es für Grüne keinen Grund, gegen diese Transporte zu demonstrieren.“ Mit diesen Worten wandte sich der damalige Bundesumweltminister Trittin im Januar 2001 an seine grünen Parteifreunde – Schwarz auf Weiß. Doch heute würde er seine damalige Haltung am liebsten vergessen machen. Denn am vergangenen Wochenende tummelte sich die vereinte Spitze der Grünen im Wendland, um die – teils gewalttätigen – Demonstrationen gegen den Castor-Transport moralisch zu unterstützen. Einige Grünen-Politiker hatten im Vorfeld der Demonstrationen sogar zu Straftaten aufgerufen.

Dieses unverantwortliche und unwürdige Verhalten der Opposition war am Mittwoch Gegenstand einer Aktuellen Stunde des Deutschen Bundestages. Dabei wies Bundesinnenminister Thomas de Maizière dem Linksbündnis von SPD, Grünen und Linkspartei eine Mitverantwortung an den gewalttätigen Ausschreitungen vom Wochenende zu: „Eine Opposition und Demonstranten haben politisch nicht das Recht, gegen eine demokratische Entscheidung zum zivilen Ungehorsam aufzurufen.“ Abgeordnete von Union und FDP zitierten aus Trittins Brief vom Januar 2001. Auf dieses und ähnliche Zitate reagierte das oppositionelle Linksbündnis höchst nervös.

Innenminister de Maizière kritisierte auch die Sozialdemokraten, deren Parteichef Gabriel die „neue Qualität“ des Widerstandes gelobt hatte. „Eine solche Anerkennung ist unerhört“, antwortete de Maizière in Anspielung auf die gewaltsamen Ausschreitungen im Rahmen der Demonstrationen. „Die Polizei muss und sollte von allen in Schutz genommen werden, wo immer sie politisch stehen.“

Redner von CDU, CSU und FDP hoben hervor, dass die Bundesregierung einzig und allein ihrer Verantwortung für Deutschland nachkomme, wenn sie die Bedingungen für den Bau eines Endlagers erkunden lässt. In der Tat hatten Rot und Grün ihre Regierungspflicht vernachlässigt und stattdessen für zehn Jahre langen Stillstand bei der Endlager-Erkundung gesorgt. Unter dem ge-



Umweltminister Dr. Norbert Röttgen kommt seiner Verantwortung nach und macht sich für sichere Castortransporte stark.

me, wenn sie die Bedingungen für den Bau eines Endlagers erkunden lässt. In der Tat hatten Rot und Grün ihre Regierungspflicht vernachlässigt und stattdessen für zehn Jahre langen Stillstand bei der Endlager-Erkundung gesorgt. Unter dem ge-

schichtsfälschenden Hinweis auf die Verantwortung der christlich-liberalen Regierung unter Helmut Kohl hatte sie sich geweigert, die unausweichlich notwendige Suche nach einem geeigneten Lager voranzutreiben.

Dabei verschwiegen die Sozialdemokraten jedoch die Tatsache, dass mit dem Bau sämtlicher in Deutschland betriebener Kraftwerke zwischen 1970 und 1982 begonnen worden war. Die politische Verantwortung für den Bau liegt daher bei den SPD-geführten Regierungen Brandt und Schmidt. CDU und CSU könnten sich daher mit größerer Berechtigung zurücklehnen und der Endlager-Frage ausweichen. Der verantwortungsvollen Bundesregierung unter der Führung von Dr. Angela Merkel kommt dies aber nicht in den Sinn. Vielmehr bemüht sie sich ernsthaft um die Lösung vorhandener Probleme – ganz gleich wer sie verursacht hat, und einzig und allein im Interesse unseres Landes.

++++ Blick nach links ++++ Blick nach links ++++

Dahin führt...

Bereits im Mai hatten Vertreter der christlich-liberalen Koalition immer wieder ihren Verdacht geäußert, nun ist es belegt: Die rot-grüne Bundesregierung unter Gerhard Schröder übte politischen Druck aus, um Griechenland den Euro-Beitritt zu ermöglichen – obwohl Athen die Beitrittskriterien nicht erfüllte. Die „Bild“ deckte in einer monatelang recherchierten Serie von Artikeln zur Griechenland-Krise auf, was viele bisher nur ahnten: Der damalige Finanzminister Hans Eichel ermahnte im Jahr 2000 den Bundesbank-Chef in dieser Sache zur Ruhe. Pikantes Detail: Der Bruder des damaligen griechischen Premierministers war bis ein Jahr zuvor der Datenschutzbeauftragte der hessischen Landesregierung – unter Ministerpräsident Hans Eichel.

...linker Filz

Am 26. Oktober 1994 wurde Kurt Beck Ministerpräsident in Rheinland-Pfalz. Wenn im kommenden März die dortigen Landtagswahlen stattfinden, befindet sich Kurt Beck in seinem siebzehnten Amtsjahr. Nachdem er seine Karriere als SPD-Parteivorsitzender rasch gescheitert war, bleibt ihm aber auch nichts anderes übrig. Deshalb ließ er sich erneut zum Spitzenkandidaten wählen – und möchte die ganze fünfjährige Wahlperiode auf seinem Posten verbleiben. Dann wäre Kurt Beck ermüdende 23 Jahre im Amt. Dieses Schreckensszenario kommt Julia Klöckner gerade recht: Die 37-jährige CDU-Staatssekretärin setzt alles daran, den in vielen Projekten deutlich gewordenen roten Filz zu beenden und nächstes Jahr Ministerpräsidentin zu werden.

Bildungspolitik

Wertvolles Zukunfts-Investment

Jungen Menschen die bestmöglichen Ausbildungschancen zu bieten, ist eine wichtige Voraussetzung für Wachstum und Wohlstand auch in Zukunft. Dazu zählt auch die finanzielle Unterstützung von Schülern und Studenten. Daher erhöht die christlich-liberale Koalition das Bafög auf bis zu 670 Euro pro Monat. Gleichzeitig schafft die Regierung ein nationales Stipendienprogramm, von dem 160.000 Studenten zusätzlich profitieren werden.

Die Bundesregierung erhöht die Fördermittel für junge Menschen an Schulen und Hochschulen. Mit dem am vorvergangenen Mittwoch verkündeten Bafög-Änderungsgesetz wurden die Förderungssätze für Schüler und Studenten rückwirkend zum 01. Oktober 2010 um zwei Prozent angehoben; gleichzeitig stiegen die bei der Bafög-Berechnung zu berücksichtigenden Freibeträge um drei Prozent. Damit setzt die christlich-liberale Koalition ein starkes Zeichen: Obwohl die Folgen der schwersten Wirtschafts- und Finanzkrise Einsparungen aller Minister erforderlich machen, werden die Ausgaben für Bildung und Forschung nicht nur stabil gehalten, sondern sogar ausgebaut. Dies begründet die Regierung mit dem Investitionscharakter von Bildungsausgaben. Der Parlamentarische Geschäftsführer der CSU-

Landesgruppe, Stefan Müller, sagt etwa: „Wir wollen für die Zukunft sparen, nicht an der Zukunft!“

Die Förderung der Studentinnen und Studenten in Deutschland stellt die christlich-liberale Regierung durch die Schaffung eines nationalen Stipendienprogramms auf drei Säulen. Bei der ersten Säule handelt es sich um das Bafög, das abhängig vom Familieneinkommen gewährt wird und die Chancengerechtigkeit unter den Studenten erhöht. Zweitens haben alle Studenten in Deutschland die Möglichkeit, staatlich unterstützte Bildungsdarlehen in Anspruch zu nehmen. Die Konditionen dieser Kredite sind besonders verbraucherfreundlich; vor allem die Rückzahlungsbedingungen sind speziell auf die Bedürfnisse junger Menschen ausgerichtet.

Als dritte Säule der Studienförderung kommt neu ein nationales Stipendienprogramm hinzu – das Deutschlandstipendium. Hierbei handelt es sich um eine einkommensunabhängige Unterstützung, die den zehn besten Prozent aller Studierenden zu Gute kommen wird. Dieses Programm wird schrittweise aufgebaut: Ab dem Sommersemester 2011 erhalten rund 10.000 Studenten das Deutschlandstipendium, das pro Monat 300 Euro beträgt; langfristig soll es 160.000 Geförderte geben. Dabei finanziert der Bund 150 Euro des Stipendiums, während die andere Hälfte durch die Hochschulen von privater Seite eingeworben wird. Das Bundesbildungsministerium unterstützt die Universitäten bei der Akquise durch Übernahme der dabei entstehenden Kosten und die entsprechende Schulung von Mitarbeitern.

Für eine zukunftsfähige Landwirtschaft

Gemeinsam mit den Bauern

Die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag nimmt sich der Herausforderungen an, vor denen die deutschen Landwirte stehen. In einem vertrauensvollen Gespräch zwischen christlich-sozialen Abgeordneten und der Spitze des Deutschen Bauernverbandes wurden aktuelle agrarpolitische Themen erörtert. Insbesondere bei der Reform der EU-Agrarpolitik gibt es gemeinsame Ziele.

Die Landwirte in Deutschland stehen vor vielfältigen Herausforderungen. Gegenüber dem Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, Dr. Hans-Peter Friedrich, und Agrarpolitikern der CSU kamen der Präsident des Deutschen Bauernverbandes, Gerd Sonnleitner, sein Erster Vizepräsident Norbert Schindler und Generalsekretär Dr. Helmut Born auch auf die Bereiche Klimaschutz, Umwelt und Energie zu sprechen. Dabei zeigten sich die Christsozialen offen für die Bedenken und Anregungen der Landwirtschaft. Beide Seiten betonten ihre gute Zusammenarbeit, von der die Landwirte besonders profitieren. Der Bauernverband lobte die Politik der christlich-liberalen Koalition, die den wirtschaftlichen Aufschwung

ermöglicht habe, sowie die verantwortliche Haushaltspolitik der Regierung. Gerade die Streichung von Selbstbehalt und Obergrenze bei der Agrardieselvergütung sei richtig und wichtig.

Hauptthema des vertrauensvollen und konstruktiven Gesprächs war die Gemeinsame Agrarpolitik der EU nach 2013. Hier besteht zwischen der CSU im Deutschen Bundestag und dem Deutschen Bauernverband große Einigkeit: Beide Seiten setzen auf den Erhalt der Zwei-Säulen-Struktur der Agrarförderung mit einer starken ersten Säule sowie die Beibehaltung der aktuellen Förderhöhe. Gleichzeitig setzen sowohl CSU-Landesgruppe als auch der Deutsche Bauernverband auf Ent-

bürokratisierung. Das Vorgehen der Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner bei den Verhandlungen zur gemeinsamen Agrarpolitik stößt beim Bauernverband auf Anerkennung.

Gesprächsthema war auch das Energiekonzept der Bundesregierung. Der Deutsche Bauernverband stellte hierzu sein Strategiepapier „Klimaschutz durch und mit der Land- und Forstwirtschaft“ vor, das die Mitglieder der CSU-Landesgruppe positiv aufnahmen. Angesprochen wurden auch die Themen Grüne Gentechnik, Biopatente und naturschutzrechtliche Ausgleichsflächen. Der sorgsame und sparsame Umgang mit landwirtschaftlicher Nutzfläche ist hierbei das gemeinsame Ziel der Gesprächspartner.